## S 1 R 499/20

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Sozialgericht Nürnberg Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung 1.
Kategorie Urteil
Bemerkung -

Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 1 R 499/20 Datum 14.12.2020

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz

Datum 27.05.2024

I. Die Klage gegen den Bescheid der Beklagten vom 03.07.2019 in der Fassung des Bescheides vom 07.02.2020 und des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2020 wird abgewiesen.

II. Au̸ergerichtliche Kosten des Klägers sind von der Beklagten nicht zu erstatten

## Tatbestand:

Streitig sind in diesem Klageverfahren zum einen die Aufhebung der Bewilligung der Beitragszuschä½sse der Beklagten zur freiwilligen Krankenversicherung fã¼r die Zeit von Juni 2017 bis Juni 2019 und die Erstattung der zu Unrecht erhaltenen Leistungen in Hã¶he von insgesamt 2.542,43 â $\Box$ ¬ sowie zum anderen der Anspruch der Beklagten gegen den Klã¤ger auf die nachtrã¤gliche Erhebung der Beitragsanteile zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung fã¼r die Zeit von Mã¤rz 2017 bis Juni 2019 in Hã¶he von 4.915,98 â $\Box$ ¬.

Der xxxx geborene Kläger, der zunächst freiwillig versichert in der Krankenversicherung war, bezieht von der Beklagten Regelaltersrente. Sein Antrag auf Beitragszuschuss der Beklagten zur Krankenversicherung vom 23.06.2014 wurde mit Bescheid vom 12.09.2014 bewilligt. Die Beklagte erhielt am 05.03.2019 von der Krankenkasse Kenntnis, dass der KlÄ $\alpha$ ger ab M $\alpha$ z 2017 der Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung unterliegt. Nach Durchf $\alpha$ 4hrung eines entsprechenden Anh $\alpha$ 1rungsverfahrens hob sie mit Bescheid vom 03.07.2019 den Bescheid  $\alpha$ 4ber die Bewilligung des Beitragszuschusses wegen Eintritt einer Versicherungspflicht gem $\alpha$ 4 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) mit Wirkung ab 01.03.2017 auf und forderte die  $\alpha$ 5 berzahlung f $\alpha$ 4 den Zeitraum von M $\alpha$ 2017 bis Juni 2019 in H $\alpha$ 4 he von 3.370,42  $\alpha$ 5 zur $\alpha$ 6. Gleichzeitig forderte sie f $\alpha$ 7 denselben Zeitraum die Beitr $\alpha$ 2017 auf und Pflegeversicherung in H $\alpha$ 4 he von 4.915,98  $\alpha$ 5 alc nach  $\alpha$ 6 255 Abs. 2 des F $\alpha$ 7 haften Sozialgesetzbuches (SGB V) nach. Ferner wies sie auf den beabsichtigten Einbehalt der Rente hin.

Mit dem dagegen erhobenen Widerspruch machte der Kl $\tilde{A}$ ¤ger geltend, dass er erst mit dem Schreiben der Krankenkasse vom 19.05.2017 Kenntnis  $\tilde{A}$ ½ber seine Versicherungspflicht bei der Kranken- und Pflegeversicherung erhalten habe. Er habe sich daher nichts vorzuwerfen.

Die Beklagte half dem Widerspruch mit Bescheid vom 07.02.2020 insoweit ab, als sie wegen der Kenntnis des KlĤgers von der Versicherungspflicht erst ab 19.05.2017 ihren Bescheid über die Gewährung des Beitragszuschusses nun erst mit Wirkung ab 01.06.2017 (statt vorher ab 01.03.2017) aufhob und wegen der Aufwendungen des KIĤgers für die private (Reise-)Krankenversicherung die Rückforderung des überzahlten Beitragszuschusses für die Zeit von Juni 2017 bis Januar 2018 auf die Hälfte der Ã∏berzahlung, d. h. auf 480,00 â∏¬, reduzierte. Sie bezifferte ihren Rückforderungsanspruch auf nunmehr 2.542,43 â∏¬. Ferner kündigte sie wegen der Erstattung des überzahlten Betrags einen Einbehalt von 200,00 â∏¬ monatlich der Rente an. Im Ã∏brigen wies sie den Widerspruch mit Widerspruchsbescheid vom 29.05.2020 als unbegründet zurück. Zur Begründung für die nachträgliche Erhebung der Beitragsanteile verwies sie auf die verschuldensunabhĤngige Norm des <u>§ 255 Abs. 2 SGB V</u>. Die Erstattung der überzahlten Beitragszuschüsse stützte sie zum einen auf <u>§ 48 Abs. 1 Satz 2</u> Nr. 2 SGB X. Obwohl der KIAxger im Antragsformblatt auf den Zuschuss zur Krankenversicherung und ebenfalls im Bescheid vom 12.09.2014 auf seine Pflicht zur Mitteilung geĤnderter VerhĤltnisse hingewiesen worden sei, habe er seine Mitteilungspflicht gegenļber der Beklagten verletzt. Da der KlĤger über die weitere Zuschusszahlung durch deren Auszahlung Kenntnis erhalten habe, obwohl er selbst ab Juni 2017 keine BeitrĤge mehr zur freiwilligen Krankenversicherung gezahlt habe, habe er auch die Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 Nr. 4 SGB X erfüllt. Die Ermessenserwägungen für die rückwirkende Aufhebung wurden eingehend dargelegt.

Im anschlieà enden Klageverfahren vor dem Sozialgericht Nürnberg verfolgt der Kläger sein Ziel der Aufhebung des Bescheides vom 03.07.2019 in der Fassung des Teilabhilfebescheides vom 07.02.2020 und des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2020 weiter. Denn er habe keine Fehler gemacht, nichts verschwiegen und auch nichts unterlassen.

Der Kläger beantragt sinngemäÃ∏,

den Bescheid der Beklagten vom 03.07.2019 in der Fassung des Bescheides vom 07.02.2020 sowie des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2020 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Sie verweist zur Begründung auf die Ausführungen in den angefochtenen Bescheiden.

Hinsichtlich weiterer Einzelheiten wird zur Erg $\tilde{A}$ nzung des Tatbestands auf den Inhalt der beigezogenen Akte der Beklagten sowie auf die Schrifts $\tilde{A}$ ntze der Beteiligten samt Anlagen und auf den  $\tilde{A}$ 1/4 brigen Akteninhalt der Gerichtsakte Bezug genommen.

## Entscheidungsgründe:

Die von dem Klä¤ger zum sachlich und Ķrtlich zustä¤ndigen Sozialgericht Nä¾rnberg form- und fristgerecht erhobene Klage ist gemä¤ä∏ å§å§ 87, 90 Sozialgerichtsgesetz (SGG) zulä¤ssig. Das Gericht durfte trotz des unentschuldigten Fernbleibens des Klä¤gers von der mä¾ndlichen Verhandlung durch Urteil im Termin entscheiden. Der Klä¤ger war ordnungsgemä¤ä∏ geladen. Sein persä¶nliches Erscheinen war angeordnet, um das Verfahren nach einem ausfä¾hrlichen Rechtsgesprä¤ch ä¾ber die Aussichtslosigkeit der Klage schneller beenden zu kä¶nnen. Sein persä¶nliches Erscheinen war nicht zur Aufklä¤rung des Sachverhalts erforderlich, so dass die Kammer die Anordnung seines persä¶nlichen Erscheinens aufgehoben hat. Auch wurde der Klä¤ger in der Ladung ordnungsgemä¤ä∏ darauf hingewiesen, dass im Fall seines Fernbleibens durch Urteil entschieden werden kann.

Die Klage hat in der Sache aber keinen Erfolg. Der Kläger hat keinen Anspruch auf Aufhebung des Bescheides der Beklagten vom 03.07.2019 in der Fassung des Bescheides vom 07.02.2020 sowie des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2020. Diese Bescheide sind rechtmäÃ∏ig und verletzen den Kläger nicht in seinen Rechten.

Streitgegenstand ist allein die Aufhebung und Erstattung der BeitragszuschĽsse zur freiwilligen Krankenversicherung fļr den Zeitraum von Juni 2017 bis Juni 2019 mit dem Bescheid vom 03.07.2019 in der Fassung des Bescheides vom 07.02.2020 sowie des Widerspruchs-bescheides vom 29.05.2020, nicht dagegen die teilweise Aufhebung und Rückforderung des Beitragszuschusses für den Zeitraum des Auslandsaufenthaltes des Klägers von Februar 2016 bis Februar 2017 wegen eines geringeren Zahlbetrags des Klägers für seine private Reisekrankenversicherung (Bescheid vom 01.04.2020 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 03.08.2020).

Die Beklagte hob zu Recht den Bescheid vom 12.09.2014 ýber die erstmalige Bewilligung des Beitragszuschusses zur Krankenversicherung mit Bescheid vom 03.07.2019 in der Fassung des Bescheides vom 07.02.2020 und des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2020 gemäÃ∏ § 48 Abs. 1 SGB X auf. Da der Kläger ab März 2017 der Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung und nicht mehr der freiwilligen Krankenversicherung unterlag, haben sich insoweit die tatsächlichen Verhältnisse wesentlich geändert und der Bescheid vom 12.09.2014 ýber die Bewilligung eines Beitragszuschusses zur freiwilligen Krankenversicherung ist rechtswidrig geworden. Die Voraussetzungen fþr seine Aufhebung mit Wirkung fþr die Vergangenheit, d. h. ab Juni 2017, sind allesamt erfüllt.Â

Nach <u>§ 48 Abs. 1 Satz 2 SGB X</u> soll ein Verwaltungsakt mit Wirkung vom Zeitpunkt der A

nderung der Verh

kaltnisse aufgehoben werden, soweit nach Nr. 2 der Betroffene einer durch Rechtsvorschrift vorgeschriebenen Pflicht zur Mitteilung wesentlich f

h

kaltnisse vors

katzlich oder grob fahrl

kassig nicht nachgekommen ist oder (Nr. 4) der Betroffene wusste oder nicht wusste, weil er die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Ma

kaltnisse vors

katzlich oder grob fahrl

kassig nicht nachgekommen ist oder (Nr. 4) der Betroffene wusste oder nicht wusste, weil er die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Ma

kaltnisse vors

katzlich oder grob fahrl

kassig nicht nachgekommen ist oder (Nr. 4) der Betroffene wusste oder nicht wusste, weil er die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Ma

kaltnisse vors

katzlich oder grob fahrl

katzlich oder gro

Der Kläger hat es unterlassen, der Beklagten die Beendigung der freiwilligen Krankenversicherung mitzuteilen. Zu dieser Mitteilung war er gesetzlich verpflichtet. Dies ergibt sich aus <u>§ 60 Abs. 1 Nr. 1 SGB I</u>, wonach derjenige, der Sozialleistungen beantragt hat oder erhält, u.a. Ã□nderungen in den Verhältnissen, die fÃ⅓r die Leistung erheblich sind, unverzÃ⅓glich mitzuteilen hat.

Diese Pflicht hat der KlĤger grob fahrlĤssig verletzt. Er wurde sowohl in seinem Antrag auf Zuschuss zur Krankenversicherung vom 23.06.2014 als auch im Bescheid vom 12.09.2014 über die Bewilligung des Beitragszuschusses ausdrýcklich darauf hingewiesen, dass er jede Veränderung seiner freiwilligen Krankenversicherung (wie die Beendigung der freiwilligen Krankenversicherung und den Beginn einer Versicherungspflicht in der Krankenversicherung) unverzüglich der Beklagten mitzuteilen hat. Die Belehrung ýber diese Mitteilungspflicht war eindeutig und leicht verstĤndlich. Der KlĤger war nach seinen intellektuellen Fähigkeiten in der Lage, diese Hinweise zu verstehen und auch danach zu handeln. Eine eventuelle Mitteilung dieser UmstĤnde durch die Krankenkassen im Rahmen eines Meldeverfahrens entbindet ihn nicht von dieser Pflicht; diese Pflicht obliegt vornehmlich seinem Verantwortungsbereich. Aufgrund dieser ausdrýcklichen Hinweise durch die Beklagte hÃxtte er bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt erkennen kå¶nnen, dass er insoweit zur Mitteilung an die Beklagte verpflichtet ist. Die Voraussetzungen des § 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 SGB X sind daher erfüllt.

Es kann daher im Ergebnis dahinstehen, ob auch die Voraussetzungen des <u>§ 48 Abs. 1 Satz 2 Nr. 4 SGB X</u> erfüllt sind.Â

Da wegen der verspĤteten Mitteilung der Krankenkasse ein atypischer Fall

anzunehmen ist, hatte die Beklagte ihr Ermessen auszuüben. Die ausführlichen Ermessenserwägungen sowie das Ergebnis der Ermessensausübung der Beklagten im Widerspruchsbescheid vom 29.05.2020 sind nicht zu beanstanden. Die Beklagte trug dem Umstand, dass der Kläger erst am 19.05.2017 Kenntnis von seiner Versicherungspflicht erhalten hatte, mit der Aufhebung des Bewilligungsbescheides erst mit Wirkung ab 01.06.2017 ausreichend Rechnung. Auch reduzierte sie den Ã□berzahlungsbetrag fþr den Zeitraum von Juni 2017 bis Januar 2018 in nicht zu beanstandender Weise auf die Hälfte des Ã⅓berzahlten Betrags in Höhe von 480,00 â□¬, weil der Kläger daneben insbesondere noch Aufwendungen fþr seine private Reisekrankenversicherung hatte.

Die Aufhebung erfolgte gemäÃ∏ <u>§ 45 Abs. 4 Satz 2</u>, <u>§ 48 Abs. 4 SGB X</u> innerhalb eines Jahres ab Kenntnis der Beklagten von der Versicherungspflicht des Klägers in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die Beklagte hat daher zu Recht die gezahlten Beitragszusch $\tilde{A}^{1}/_{4}$ sse gem $\tilde{A} \cong \tilde{A} \cong \tilde{A$ 

Die Beklagte hat weiter zu Recht die Beitragsanteile zur Kranken- und Pflegeversicherung fã $\frac{1}{4}$ r die Zeit von Mãxrz 2017 bis Juni 2019 in Hã\$he von 4.915,98 â $\boxed{}$  nachgefordert. Denn ab Mãxrz 2017 begann die Pflichtmitgliedschaft des Klãxgers bei der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Die Beklagte ist verpflichtet, die Beitrãxge des Klãxgers aus seiner Rente einzubehalten. Da sie erst zwei Jahre nach Eintritt der Versicherungspflicht hiervon Kenntnis erlangte, war sie verpflichtet, gemãxãxãxã 255 Abs. 2 SGB V die rãx4ckstãx8 ndigen Beitrãx9 vom Klãx9 ger zu fordern. Dieser Anspruch besteht unabhãx9 ngig von jeglichem Verschulden des Klãx9 gers oder Dritter.

Da die Beklagte zu Recht die überzahlten Beitragszuschüsse zur freiwilligen Krankenversicherung vom Kläger zurückgefordert und die Beitragsanteile zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung nachträglich gefordert hat, ist der angefochtene Bescheid der Beklagten vom 03.07.2019 in der Fassung des Bescheides vom 07.02.2020 und des Widerspruchsbescheides vom 29.05.2020 rechtmäÃ∏ig.

Die Klage war daher abzuweisen. Â

Erstellt am: 03.07.2024

Zuletzt verändert am: 23.12.2024